



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1010 Wien, Schuberting 14
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

Per Email an:
markregeln@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/AP

39

14.08.2015

Stellungnahme des FGW zu den Begutachtungsentwürfen der Novelle 2015 zur Gas-Marktmodell-Verordnung (GMMO-VO Novelle 2015) sowie zum Kapitel 2 der Sonstigen Marktregeln

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum übermittelten Entwurf der Novelle 2015 zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 nehmen wir wie folgt Stellung:

1. **Zur GMMO-VO:**

Zu § 14 Abs 3:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Netzzutrittsverträge die erstmalige Herstellung des Netzanschlusses regeln. Diese in Bezug auf Speicher und Produktionsanlagen nach den Vorgaben des VGM abzuschließen, soweit diese Verträge Auswirkungen auf die Steuerung des Verteilernetzes haben, erscheint aus Sicht der betroffenen Unternehmen systemfremd und mit den Bestimmungen des § 59 GWG nicht in Einklang zu bringen. Wie die Erläuterungen korrekt wiedergeben, ist der geeignete Ort für die Einbindung des VGM der Netzkopplungsvertrag. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der Gesetzgeber den Abschluss eines solchen für Betreiber von Speicher- und Produktionsanlagen nicht verbindlich vorgesehen hat.

Dies wohl u. a. deshalb, weil die für die Erfüllung der Aufgaben des VGM erforderlichen Rechte durch andere Gesetzesbestimmungen bereits ausreichend gesichert sind. Gem. § 27 Abs 1 GWG hat der Netzbetreiber ein Netzzugangsbegehren dem VGM unverzüglich zur weiteren Veranlassung zu übermitteln, insoweit sich das Netzzugangsbegehren auch auf die dem jeweiligen Verteilernetz vorgelagerten Erdgasleitungen bezieht [also immer, wenn Zugang zum Virtuellen Handelpunkt begehrt wird]. Der Netzzugangsvertrag hat weit eher Auswirkung auf die Steuerung des Verteilernetzes als der Netzzutrittsvertrag, da im Netzzugangsvertrag die tatsächlich bereitzustellende Kapazität vereinbart wird. Gem. § 58 Abs 2 Z 1 GWG sind die relevanten Verteilerleitungsanlagen nach den Vorgaben des VGM zu betreiben, zu erhalten und auszubauen, was den Netzzutritt von Produktions- und Speicheranlagen mitumfasst. Darüber hinaus ermöglichen § 16 Abs 3 GMMO-VO bzw. § 17 Abs 2 GMMO-VO dem Verteilergebietsmanager die Sicherung seiner Rechte unmittelbar gegenüber den Betreibern von Speicher- bzw. Produktionsanlagen. Aus Sicht der betroffenen Unternehmen ist die Ergänzung zu § 14 Abs. 3 GMMO-VO daher zu streichen.

Zu § 16 Abs 1:

In den Erläuterungen regen wir an, in Abs. 2 die Worte „längstens“ und „auch spätestens“ zu streichen. Damit wäre klargestellt, dass es nur ein Vertragsregime geben kann und die Verwaltung desselben wäre entsprechend vereinfacht.

Zu § 16 Abs 1a: Siehe Anmerkungen zu § 16 Abs 1.

Zu § 19 Abs 1:

Der Regelungszweck dieser Bestimmung ist unklar, da Speicherunternehmen und Speicher-pools bereits eindeutige Identifikationsnummern (EIC Codes) besitzen bzw. bei Bedarf einen Antrag an den Marktgebietsmanager schicken können. Ein Speicherunternehmen hat auch jetzt schon die Möglichkeit, sich als Bilanzgruppenverantwortlicher zu registrieren. Auch existieren solche Speicherbilanzgruppen bereits und wurden entsprechende X-Codes bereits vergeben – es bleibt also fraglich, ob andere Identifikationsnummern gemeint sein könnten. Im Ergebnis stiftet die Bestimmung eher Verwirrung und ist ein Mehrwert dieser Einfügung nicht erkennbar. Auch die Erläuterungen sind zur Klärung dieser grundsätzlichen Fragen nicht hilfreich. **Wir regen daher die Streichung des Einschubs „jedem Speicherunternehmen“ an.**

Zu § 27 Abs 1 sowie § 37 Abs 4 iVm § 24:

Grundsätzlich begrüßen wir eine für alle Netzbetreiber synchrone Regelung hinsichtlich der Vorgehensweise bezüglich unbefugter Netzbenutzung und unbefugter Entnahme von Gas aus den Netzen durch Netzbenutzer.

Am Ende des § 27 Abs. 1 sowie § 37 Abs. 4 wird nun jeweils der gleichlautende Satz *„Verbrauchsmengen, die durch eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen ohne Zuordnung des Zählpunkts zu einer Bilanzgruppe auftreten, sind in der besonderen Bilanzgruppe für Verteilernetze enthalten.“* eingefügt.

Aus Versorgersicht wird diese Klarstellung befürwortet, weil dadurch die Verbrauchsmengen von Kunden nach Vertragsbeendigung im Falle unbefugter Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nicht mehr dem bisherigen Versorger zugeordnet werden. Die bisherige Regelung war insofern äußerst unzufriedenstellend, weil dem bisherigen Versorger die Verbrauchsmengen für Anlagen, bei denen vom zuständigen Netzbetreiber die Versorgung nicht unterbrochen werden konnte, weiterhin bilanziell zugeordnet wurden. Der Versorger konnte aber in kleinster Weise darauf Einfluss nehmen, welche Maßnahmen seitens des Netzbetreibers zur schnellstmöglichen Unterbrechung der Versorgung gesetzt wurden.

Jedoch besteht ein Widerspruch zum bestehenden § 24 Abs 1 letzter Satz, demzufolge Zählpunkte von Endverbrauchern – und gerade um jene handelt es sich im Falle unbefugter Entnahme – einer besonderen Bilanzgruppe nicht zugeordnet werden dürfen. Dies ist systemtechnisch aber bei der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen ohne Liefervertrag jedenfalls erforderlich. Zur Vermeidung dieser rechtlichen Kollision wäre § 24 Abs 1 letzter Satz entweder vollständig zu streichen oder dessen Anwendung für Zählpunkte

mit fehlendem Liefervertrag – und somit auch fehlender Möglichkeit einer Zuordnung zu einer kommerziellen Bilanzgruppe – auszunehmen. In den §§ 27 Abs 1 letzter Satz und 37 Abs 4 letzter Satz schlagen wir ergänzend dazu folgende Präzisierung vor:

„Verbrauchsmengen, die durch eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen ohne Zuordnung des Zählpunkts zu einer Bilanzgruppe, der zumindest ein Versorger angehört, auftreten, sind in der besonderen Bilanzgruppe für die Ermittlung der Netzverluste und des Eigenverbrauches ~~Verteilernetze~~ enthalten.“

Offen ist aber aus unserer Sicht nach wie vor eine entsprechende Regelung bezüglich der Verrechnung und Betreibung der widerrechtlich entnommenen Gasmengen. In den Erläuterungen zu den entsprechenden Bestimmungen verweist die Behörde auf Regelungen betreffend der entnommenen Gasmengen, die in die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen der Netzbetreiber aufzunehmen wären. In diesem Zusammenhang ist aus Netzbetreibersicht darauf hinzuweisen, dass die aktuellen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen erst kürzlich von der Regulierungsbehörde genehmigt wurden und daher eine Änderung dieser Verteilernetzbedingungen – insbesondere auch vor dem Hintergrund der durch die Genehmigung neuer Allgemeiner Verteilernetzbedingungen erforderlichen Information der Netzbenutzer und der damit verbundenen Aufwände sowie Kosten – zu vermeiden ist. Unserer Ansicht nach wäre vielmehr ein „Gesamtpreis“ für widerrechtliche Netznutzung in der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung zu etablieren, welcher auch die Kosten für die entnommenen – nicht von einer kommerziellen Bilanzgruppe stammenden – Gasmengen berücksichtigt. Durch die Zuständigkeit der Regulierungskommission hinsichtlich der Erlassung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung wäre eine diskriminierungsfreie Festlegung gewährleistet.

Es ist daher generell erforderlich einen diskriminierungsfreien Verrechnungspreis für Erdgasmengen zu etablieren, die ohne korrespondierenden Erdgasliefervertrag aus dem Netz entnommen werden.

Aus unserer Sicht besteht jedenfalls das Erfordernis einer gesamthaften Lösung und stehen wir diesbezüglich für weitere Fragen bzw. Diskussionen gerne zur Verfügung.

Zu § 47 Abs 10:

Anders als im zweiten Satz, wird im ersten nicht auf die Novelle hingewiesen, sodass der Eindruck entstehen könnte, die in Satz 1 aufgezählten Bestimmungen seien bis zum 1.11.2015 außer Kraft gesetzt. Zudem müsste der Absatz „(10)“ lauten.

2. Ad SOMA 2:

Offenbar besteht die Intention Speicherkunden nunmehr die Grenzquerung zu erlauben ohne ihnen jedoch Netting-Möglichkeiten zuzugestehen. Die Speicherkunden wären dann wohl Bilanzgruppen und müssten Nominierungen abgeben, es stellt sich jedoch die Frage an wen diese Nominierungen gerichtet sein müssten, der entsprechende Prozess wäre in den sonstigen Marktregeln noch abzubilden. Doppelverrechnungen wären zu vermeiden, was eine Anpassung der GSNE-VO erforderlich machen würde, Speicherkunden haben ja derzeit die Möglichkeit der Grenzquerung nicht. Insgesamt stellt sich die Frage wie genau diese „Sonderbilanzgruppe Speicherkunden“ einzuordnen wäre, im Hinblick auf die nicht

vorhandene Netting-Möglichkeit wären sie gegenüber den anderen Bilanzgruppen jedenfalls benachteiligt.

Konkret zu einzelnen Punkten:

Zu Nr. 87a, 89a, 91a u. 92a:

Da auf FLN-Ebene Nominierungen je Bilanzgruppe abgegeben werden, kennt der TSO weder die Speicherkunden, noch deren Nominierung. Dasselbe gilt für den MGM sowie für den VGM auf VG-Ebene, welche jedoch diese Speichernominierungen bzw. –Fahrpläne bestätigen sollen.

Zu Nr. 92 u. 92a:

Hier muss der Empfänger der Nominierungen richtig gestellt werden. Die Nominierungen müssen vom TSO entweder direkt oder via VGM an den VNB übermittelt werden (vgl. Nr. 88 und 90), nicht wie aktuell angeführt ausschließlich an den VGM.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. Michael Lichnovsky
Bereich Gas